

Land.
ständige Be-
Südafrika
Lehrzeit für
Porter in
ist von
die Le-
n. Von 134
Staatspartei,
nierenminister
ationalisten,
ral Herzog
e, die Ar-
Vertreter,
de gewählt.
Entente pro-
an die öster-
nen Versuche,
terreich und
ihnen. Re-
robt worden

Daily Mail"
et wird, feh-
Flugzeugen,
e Flugzeugen
den abgela-
Bestandteile,
menstellung
ich gemacht
ndent sagt,
neuten Flug-
ndt, die Ab-
erfolge in
da Deutsch-
betanntwer-
emes Flug-

Einbruchs-
Sohn" eines
Marion H.
Jahre Zucht-
wegen Kum-
aus Wyom-

schien, und
bis da allen
ch mit diesen
ife von dir,
in Docu-
,

Ein Presse!

en

griffen.

inflang

pezial-

nt sich.

ualität.

binations,

ür 3.95

oder weiß,

95c

sch

rbig mit

3 übrig!

ur 1.59

irfelt, ein

ard 29c

muster auf

id Wird

rd. 39c

n für 98c

für 98c

für 98c

für 1.00

DT

St. Peters Bote,
die älteste deutsche katholische Zeitung
Canadas, erscheint jeden Donnerstag in
Münster, Sask., und kostet bei Voraus-
zahlung:
In Canada, per Jahrgang \$2.00
In Ver. Staaten u. Ausland, \$2.50
Einzelne Nummern 10 Cents.
Aufnahmen werden berechnet zu
1.00 Dollar pro Roll einseitig für die
erste Einrückung, 50 Cents pro Roll für
nachfolgende Einrückungen.
Leserbriefe werden zu 20 Cents pro
Zeile wöchentlich berechnet.
Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00
pro Roll für 4 Insertionen, oder \$20.00
pro Roll jährlich berechnet. Rabatt bei
großen Aufträgen gewährt.
Jede nach Ansicht der Herausgeber
für eine erstklassige katholische Familien-
zeitung unpassende Anzeige wird unbe-
dingt zurückgewiesen.
Man adressiere alle Briefe u. s. w. an
ST. PETERS BOTE,
Münster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.
Ein Familienblatt zur
Erbauung und Belehrung.
Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.
18 Jahrgang, No. 2. Münster, Sask., Donnerstag den 24. Februar 1921. Fortlaufende No. 886.

St. Peters Bote,
the oldest Catholic newspaper in
Saskatchewan, is published every
Thursday at Münster, Sask. It is
an excellent advertising medium
SUBSCRIPTION:
\$2.00 per year, payable in advance.
\$2.50 to the United States and abroad
Single numbers 10 cents.
ADVERTISING RATES:
Transient advertising \$1.00 per inch
for first insertion, 50 cents per inch
for subsequent insertions. Reading
Notices 20 cents per count line.
Display advertising \$2.00 per inch
for 4 insertions, \$20.00 per inch for
one year. Discount given on large
contracts. Legal Notices 12 cts. per
agate line 1st insertion, 8 cts. later.
No advertisement admitted at any
price, which the publishers consider
unsuited to a Catholic family paper
Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
Münster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Berlin. Die Milchkuhe, die von
amerikanischen Farmern für Deutsch-
land gestiftet sind, und von denen
kürzlich eine Ladung in Bremen
eingetroffen ist, bleiben, wie in Ber-
lin mitgeteilt wird, amerikanischen
Eigentum und werden an die Leute
pro Stück um eine Reichsmark per
Jahr vermietet. Dadurch wird von
vorneherein verhindert, daß die En-
tente den Versuch machen könnte,
etwa unter Berufung auf den Ver-
fallener Vertrag auch diese Kühe den
Deutschen noch wegzunehmen.

Der schon vor einigen Tagen
gemeldete Plan, die Alliierten durch
einen Boykott englischer u. französi-
scher Waren zu einer Herabsetzung
der Entschädigungsforderungen zu
zwingen, hat bereits feste Gestalt
angenommen. Die Sanj-Siga, die
300,000 Mitglieder hat, und der alle
deutschen Exporteure und Importeure
angehört, steht hinter dem
Plan. Der Präsident der Liga hat
offiziell erklärt, daß er den Plan
guthieß, und daß die Liga bereits
mit dem Plane umgehe, eine um-
fassende Propaganda in ganz Deutsch-
land in die Wege zu leiten, die den
Boykott französischer und englischer
Waren zum Ziele habe. Mit die-
ser Propaganda soll begonnen wer-
den, wenn die Alliierten die Gegen-
vorschläge der Deutschen in der Kon-
ferenz, die demnächst in London
stattfinden wird, zurückweisen. Man
ist sich in Handelskreisen wohl be-
wußt, daß die deutsche Industrie
und der Handel, vor allem die Schiff-
fahrt, durch einen solchen Boykott
schwer leiden wird, aber man hofft
den Schaden durch größeren Handel
mit Amerika wieder gut zu machen.
Auch von der Presse wird die Boy-
kottbewegung eingehend besprochen.
Es wird vor allem mit Bezugnahme
darauf hingewiesen, daß Deutsch-
land nicht ganz wehrlos ist, so lange
ihm in seinem Handel mächtige
Waffen zur Verfügung stehen.

Die Zahl der Diebstahle an
den preussischen Staatsbahnen im
Jahre 1920 erreichte die ungeheuer-
liche Höhe von 238,975. Nicht we-
niger als 18,501 beladene Frachtwä-
gen verhielten während des Trans-
ports auf geheimnisvolle Weise,
und mehr als 124,000 Fracht-
sendungen wurden während der
Beförderung gestohlen. Von 67
prez Bahnen kamen im verfloßenen
Jahre über 89,000 abhand, wäh-
rend 7800 Stück Handgepäck offiziell
für vermisst erklärt wurden. Bahn-
diebstahl gelang es, 15,000 Di-
bingfest zu machen und deren Ueber-
führung herbeizuführen. Die Hälfte
dieser Zahl setzt sich aus Bahnbefrei-
dienstleistungen zusammen. Die Zahl der
Bahndiebstahle und untergeordneten
Bahndiebstahle, welche im letzten Jahr
wegen Diebstahls, Bestechung und
anderer trummer Praktiken entlas-
sen wurde, wird mit 5770 angege-
ben.

Wien. Die Beziehungen
zwischen Bayern und der Reichsre-
gierung, die bereits gespannt sind,
mögen in ein kritisches Stadium tre-
ten, infolge der letzten Note der bay-
rischen Regierung an die Berliner
Regierung. In dieser Note erklärt
die bayrische Regierung, daß sie auf
ihrem Standpunkte, die bayrische
Einwohnerwehr könne nicht aufhe-
ben werden beharre. Dies wurde
dem Vertreter des Universal Ser-
vice von Premierminister von Rahr-

mitgeteilt. Der Premierminister
sagte, Bayern könne die Einwoh-
nerwehr nicht entbehren, da die
Aufrechterhaltung von Gesetz und
Ordnung in Bayern davon abhinge.
Bayern sei jetzt der friedlichste und
geschieblichste Staat in Deutsch-
land, weil das Volk der Regierung
vertraue und bereit sei, sie gegen
revolutionäre Bewegungen von
rechts oder links zu unterstützen.

Luzernburg. In den am 13. Jan.
stattgefundenen Gemeinderatswahl-
en im Großherzogtum Luxemburg
haben die Katholiken den vereinigt-
en Liberalen und Sozialisten ge-
genüber einen glänzenden Wahler-
folg nach hartem Kampfe zu ver-
zeichnen. Nicht bloß in der Haupt-
stadt, sondern in allen übrigen Tei-
len des Großherzogtums haben sie
die überwiegende Mehrheit gewon-
nen, und damit die liberal-sozialisti-
sche Herrschaft beendet.

Warschau. Der Abschluß des
Friedenvertrages zwischen Polen
und Rußland verzögert sich noch,
weil die Vertreter Rußlands die
Entschädigungsforderungen der Polen
zurückgewiesen haben. Die polni-
schen Delegaten fordern 80,000,
000 Rubel wold, was von den So-
wjetvertretern als viel zu hoch be-
zeichnet wird. Diese haben Polen
30,000,000 Rubel angeboten, aber
nicht in Gold. Die Zahlung soll in
Noten, Konzeptionen und Material-
ien bestehen. Man hofft jedoch,
daß eine Einigung erzielt werde.

Im polnischen Landtag wurden
die Verfassungsbestimmungen
betreffs der Wahl des Präsidenten
oder Republik angenommen. Der
Präsident wird von der National-
versammlung (beiden Häusern des
Parlaments) auf sieben Jahre ge-
wählt; er muß geborener Pole, rö-
misch-katholisch und mindestens vier-
zig Jahre alt sein.

London. Daß die britischen
Finanzleute nicht an Deutschlands
Fähigkeit, die geforderte Entschädi-
gung zu zahlen, glauben, ist daraus
zu ersehen, daß die Umkreisung
des kontinentalen Europas während
der Woche weiter im Laufe fielen.
Sowohl der Finanz wie der Lira ver-
lor ihre zeitweilige Festigkeit im
Getummelte. Die augenblicklich herr-
schende Ansicht ist, daß wenn Fran-
kreich und Italien den Wert ihres
Währungsmediums wiederherstellen wol-
len, sie dies nur durch eigene feste
Maßnahmen tun können, ohne auf
deutschen Hilfe zu rechnen.

Wien. Das Staatsdefizit in
Österreich hat jetzt die Höhe von
100,000,000 Kronen erreicht. Um
dem Defizit entgegenzutreten, ist
vorgeschlagen worden, den Zoll
auf Brot, Zucker und Tabak zu ver-
doppeln. Das Porto ist um 100%
und der Bahnfrachttarif um 50%
erhöht worden. Delle reich hat et-
was Hoffnungen, aber keine Kognen
zum Betriebe der Fabriken. Auch
Nahrungsmittel sind jetzt in großer
Menge vorhanden, aber die
Preise sind zu hoch für die Masse
der Bevölkerung.

Erz-Kronprinz von Bayern wünscht
Amerika als Vermittler
zwischen Deutschland und Alliierten.

Berchtesgaden, Bayern. —
Er Kronprinz Rupprecht von Bay-
ern erklärte in einem Gespräch,
das der amerikan. Korrespondent
Karl H. von Wiegand mit ihm hatte,
daß die Ver. Staaten die Rolle eines
Vermittlers oder Schiedrichters
zwischen Deutschland und den Alli-
ierten in der Entschädigungsfrage
übernehmen sollten. Er sagte:

„Amerika befindet sich noch in
einem eingebildeten Kriegszustand
mit Deutschland, ist aber tatsächlich
mit ihm in Frieden. England und
Frankreich sind mit Deutschland
vermeintlich in Frieden, setzen aber
in Wahrheit den Krieg fort, um
unsere Nation zu vernichten und
unsere Volk zu Sklaven zu machen.“

Der 52 Jahre alte Prinz, der hier
tief im Gebirge wohnt, sagte über
die jetzige Lage Deutschlands:
„Ein altes Sprichwort sagt: Wo
nichts ist, hat selbst der Kaiser sein
Recht verloren. Wenn die Alli-
ierten ihre Drohung ausführen, ihre
Hand auf Deutschland zu legen,
um es auszuquetschen, wird sich
bald zeigen, daß alles, was sie mit
Beschlag belegten, nicht die ange-
heuren Summen, die sie fordern,
aufbringen würde, selbst nicht,
wenn sie die Dächer von unsern
Häusern und die Hemden von den
Kudken unseres Volkes rissen, falls
sie noch ein Hemd fänden. Ich kann
ihnen die Versicherung geben, daß
viele Kinder in Deutschland ohne
Nahrung herumlaufen. Selbst in
den ehemals in guten Verhältnissen
lebenden Familien gehen die Kin-
der darfs, weil kein Geld für
neue Schuhe vorhanden ist.“

Rupprecht sagte, es tieße sich
nicht abtrennen, daß es in Deutsch-
land noch viele reiche Leute gebe,
die verschwenderisch lebten, nament-
lich die „Neuen Reichen“. Aber
sich von der stützen sich aus Ver-
zweiflung in den Taumel der Ver-
gungungen, in der Stimmung, daß
man darauf los leben solle, solange
man Geld habe, denn bald sei alles
vorbei. Viele Personen aus dem
Auslande, die Deutschland beid-
neten, bildeten sich ihr Urteil in den
vornehmen Hotels. Aber würde er
ein Urteil über Amerika abgeben
können, wenn er sich 14 Tage in
New York aufhalte, fragte er.

Er sagte, Deutschland werde zah-
len, aber nicht mehr als es könne.
Das Land sei vollständig verarmt
und könne nur mit den Früchten
seiner Arbeit, durch die Industrien,
zahlen. Aber um dies tun zu könn-
en, müsse es Arbeit haben. Und
nur freie Arbeit bringe etwas aus-
zustande. Sklavenarbeit leiste nichts.

London. — Premierminister
Lloyd George erhielt im Hause der
Gemeinen eine Vertrauensklärung,
als ein Antrag zur Amendie-
rung der Thronrede des Königs mit
181 gegen 40 Stimmen verworfen
würde. Der Antrag enthielt eine
Aussicherung der von dem Premier-
minister nach dem Kriege besetzten
Politik. In der Debatte über den
Antrag hatte Lloyd George erklärt,
es sei einer Nation allein nicht mög-
lich, die ganzen Kosten des Krieges
zu bezahlen, nachdem Croatia Bot-
romley die Auflösung des Parla-
ments und die sofortige Prozes-
sierung des Erz Kaisers verlangt
hatte.

Wozu Non Partisan League?

Ein Wort der Aufklärung
Von Vincent Wehrle, O.S.B.,
Bischof von Bismarck, N. Dakota.

(Schluß.)

Sind unsere Nord Dakota Geschäfts-
leute wirklich Feinde des Volkes?
Beständig rufen die Nonpartisan-
Führer und -Zeitungen dem Volke
zu, daß unsere Bankiers, Kaufleute
und andere Geschäftsleute das Volk
ungerecht bedrücken und ausfugen.
Wenn diese Nonpartisans manch-
mal erklären, sie seien nicht Sozial-
isten, so besolgen sie doch die sozialisti-
sche Taktik, überall unter dem Volke
Unzufriedenheit und Haß zu verbreiten.
Allgemeine Unzufriedenheit um
Haß sind eben die besten Vorläufer
einer sozialen Revolution. Hier
wünsche ich auf Folgendes aufmerk-
sam zu machen:

1. Manche Uebelstände sind durch-
aus nicht unter der Kontrolle der Nord-
Dakota Geschäftsleute. Der Preis
von Weizen und Schmalz wird nicht
in Nord Dakota, sondern weiter
östlich festgesetzt; ebenso der
Preis von Vieh, Holz, Farm-Machi-
nerie und Achnlichen. Soll es hier
in besser werden, muß der Vereinig-
ten Staaten Congreß eingreifen;
aber die Geschäftsleute im Staate
sind gerade so machlos, wie die
Farmer.

2. Ich leugne durchaus nicht, daß
Einzelne N. Dakota Geschäftsleute
das Volk ungerecht behandelt haben;
aber die Sünden von verhältniß-
mäßig Wenigen dürfen nicht den
Geschäftsleuten im Ganzen zuge-
schrieben werden.

3. Die meisten Geschäftsleute im
Staate sind im strikten Sinne Män-
ner die auf Farmen geboren und
aufgewachsen, sich durch Talent und
Energie emporgearbeitet haben,
Eure eigenen Brüder und Söhne
und Jugendfreunde. Verdienen
diese Euren Haß, weil sie etwas
mehr Erfolg gehabt haben als
Ih selbst?

4. Wer hat den ärmeren Farmern
zur Zeit von Fehlerten und an-
dern Rückschlägen am meisten un-
Zuträglichkeiten gehoben? Ganz ge-
wisß die lokalen Bankiers, die Welt
abergort haben; und die Geschäfts-
leute, die auf Kredit verfaßt haben.
Oder war es die Nonpartisan-Ge-
sellschaft von 1919, welche die
Steuern in die Höhe geschraubt um
eine Menge neuer Aemter, die zum
Teil ganz unnötig sind, geschaffen
hat? Für gut bezahlte reisende Agen-
ten, die angeblich Emwanderer
suchen sollen, die aber tatsächlich in
anderen Staaten die Nonpartisan-
Propaganda verbreiten, bewilligt
für die Unterstüßung
der am meisten durch Tiere und
Heuschrecken heimgeschlagen Farm-
bewilligte sie keinen Cent.

5. Nicht die furchtbaren reichen
Geldprogen, auch nicht die gewer-
mäßigen Politiker, und am Aller-
wenigsten die politischen und ökon-
omischen Reform Schwäger, sondern
Ihr, Farmer und Geschäftsleute
aus dem Mittelstande, seid der
wichtigste Teil des Volkes, das
eigentliche Herz der Nation. So
lange Ihr intellektuell und moralisch
gesund seid, und zusammenhaltet,
bleibt auch unsere Nation gesund
und kann sie die Uebelstände falscher
Geschäftsrichtungen und verderblicher
Politik überwinden.

Deswegen laßt Euch nicht ver-
führen von Menschen, welche Euch
Haß und Eifersucht gegen die Ge-
schäftsleute predigen, sondern ar-
beitet mit den Geschäftsleuten Hand
in Hand für eine gesunde ökonomi-
sche und politische Reform, welche
die zehn Gebote Gottes als das
Fundament wahrer Reform aner-
kennt.

6. Das größte ökonomische Uebel
unseres Landes

und die größte Gefahr für unsere
Republik ist das Konzentrieren des
Reichtums in den Händen sehr Wen-
iger. Dies nahm seinen Anfang im
Bürgerkrieg in den Sechziger Jah-
ren, wurde immer schlimmer wegen
des Schutzes, und der Privilegien,
welche die Ver. Staaten der Groß-
Industrie gewährten; seit Anfang
des Weltkrieges ist dieses Uebel aber
ganz ungeheuer gewachsen. Nach
Unterforschungen, deren Resultat
„Brann's Iconoclast" veröffentlicht,
hat der Weltkrieg in Amerika allein
23,000 neue Millionäre geschaffen,
da ein Mann jetzt ein Jahres Ein-
kommen von \$34,000,000; haben
zwei andere ein Jahres Einkommen
von über \$16,000,000, und haben
248 Männer jeder ein Jahres Ein-
kommen von über eine Million
Dollars. Im Jahre 1914 waren es
60, im Jahre 1919 sind es 248.
Diese Anhäufung von ungeheuren
Summen von Geld in den Händen
Weniger ist eine wahre Todesge-
fahr für unsere Freiheit und un-
sere Zivilisation. Das ganze Volk
sollte sich dagegen erheben und es
bekämpfen, anstatt daß sozialisti-
sche und Nonpartisan-Führer,
den Haß des armen Volkes auf
Diesen zu richten, welche man
im wahren Sinne die wohlhaben-
dere Mittelklasse nennen kann.

7. Eine zweite Hauptgefahr gegen
unsere Freiheit

bildet die Staats-Allmacht, welche
sich besonders von der Wilson Admini-
stration im höchsten Grade angehö-
bet worden ist. Man vergöttert den
„Vollsvollen“, wie man es zu nen-
nen pflegt; man betrachtet den Wil-
son der Majorität als die höchste
moralische Norm; aber man sagt
Nichts davon, wie eine geschäftige
und freie Clique sehr leicht ihre
Pläne als „den Willen des Volkes“
durchzusetzen kann. Dies war die
Tendenz in Washington während
mehrerer Jahre, dies ist auch die
Tendenz in vielen Staaten der
Union. Und das Volk verhält sich
diesen sehr großen Uebeln gegen-
über, welche ihm nach und nach die
von Gott gewollte Freiheit rauben,
indifferent, anstatt entschieden ein-
zutreten für die Erhaltung der Ver-
staaten Konstitution in ihrer gan-
zen Unverletztheit.

So ist es auch möglich geworden,
daß während des vergangenen Krie-
ges die Regierung Geld fließen ließ
wie Wasser, so daß nach dem Zeug-
nis des demokratischen Kandidaten
für die Präsidentschaft für mehr als
zwei Jahre jede Stunde von der
Ver. Staaten Regierung mehr, als
eine Million Dollars für Kriegs-
zwecke gespendet wurden. Kein
Bund, daß die Millonäre sich
multiplizierten und daß jetzt eine
Erhöhung der Erbschaftsteuer
Land herrscht, wie noch nie seit
Gründung der Republik.

Da wäre es gewiß hohe Zeit, daß
das Volk in entschiedener Weise für
wahre Reform arbeite. Anstatt des-
sen werden von Sozialisten und von
den Nonpartisan-Führern die ver-
schiedenen Volksschichten gegenein-
ander verhetzt und in noch größere
Verwirrung getrieben.

8. Das Allergrößte Uebel

unseres Landes und unserer Zeit
besteht darin, daß ein großer Teil
des Volkes, nicht bloß unter den
Reichen, sondern auch unter den
Armen, ihr sittliches Gleichgewicht ver-
loren haben. Das ist eine Folge des
schrecklichen Weltkrieges und der dar-
mit verbundenen Uebel. Zuerst kam
eine unvermüßige Steigerung der
Preise, Kriegsmaterial und Arbeit
in den Munitionsfabriken wurde
mit Ueberpreisen bezahlt. Man
vergaß ganz, daß dies ein gerechter
Preis für Material und Arbeit ver-
langt werden darf. Die ganze Ge-
schäftswelt ahmte dieses tolle Ver-
halten nach, die Farmer so gut wie die
Kaufleute, die einfachen Arbeiter
so gut wie die Fabrikherren. So
ist der Sinn für Gerechtigkeit fast
abgestumpft worden; aber leider auch
der Sinn für Wahrheit. Es war ge-
rade als ob alle Lügenteufel am
Beginn des Krieges losgelassen
worden wären, als ob das achte Ge-
bot Gottes: „Du sollst nicht falsches
Zeugnis geben“, welches das Lügen,
Beleidigen, Ehrabschneiden, Fal-
schen Verdacht Erwecken usw. als
Sünde verbietet, ganz aufgehoben
worden wäre.

„Wer Wind saet, wird Sturm
ernten“, sagt die heilige Schrift.
Das erfahren wir jetzt, hier in Nord-
Dakota und über die ganzen Ver.
Staaten hin.

Es ist möglich, daß Gott unser
ganzes Land durch eine blutige so-
ziale Revolution durchgehen läßt,
bevor wieder gesunde christliche
Ordnung herrschen wird; aber wir
müssen Alles tun, um derselben ent-
gegen zu wirken. Als Katholiken
haben wir die Klaren und festen
Gründungs der katholischen Kirche,
Lasset uns Alles tun, was wir kön-
nen, um dieselben in unserm Staate
und im ganzen Land zur Geltung
zu bringen.

Das leichtfertige, gewissenlose
Schwätzen über jede politische Frage
ohne daß man feste Grundsätze hat,
ist wie die Neugierigkeiten eines Men-
schen im Feuerwache. Gott hat
die Menschen nicht dazu berufen,
sich ihren eigenen Liebhabereien
soziale Experimente zu machen, son-
dern hat ihnen seine zehn Gebote
gegeben. Werden diese beobachtet,
so werden die Menschen glücklich
leben; werden sie aber verachtet,
so gehen die Menschen ihrem Ver-
derben entgegen.

Wir brauchen nicht Gottesfeind-
lichkeit die uns ihre Experimente darbie-
ten, sondern wir brauchen eine tief reli-
giöse Einstellung, ein tiefes Bewußt-
sein, daß wir Gott über jede Hand-
lung Rechenschaft ablegen müssen.

Je mehr wir mitbesten, die Furcht
Gottes im Lande zu verlieren,
je mehr wir unser eigenes Gewissen
reimigen und mit dem Willen
Gottes gleichförmig machen und
auch in unsern Mitbürgern suchen,
das Gewissen zu wecken und zu
schärfen in Uebereinstimmung mit
dem Willen Gottes, desto schneller
wird unser ganzes Land sittlich
gesund und wieder wahre Freiheit
erlangen. Die Wahrheit wird Euch
(Fortsetzung auf Seite 2.)